

China-Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft: Mit Voldampf in die falsche Richtung

Jürgen Matthes, 19.08.2022

Die große wirtschaftliche Abhängigkeit von China ist spätestens nach den militärischen Drohgebärden Pekings gegenüber Taiwan als gravierendes Problem erkannt und soll möglichst bald reduziert werden. Das Gegenteil fand jedoch im ersten Halbjahr 2022 statt. Die deutschen Direktinvestitionsflüsse nach China waren noch nie so hoch. Auch die Importe aus China und das deutsche Defizit im Handel mit China erreichten ein Allzeithoch. Dagegen schwächte sich das deutsche Ausfuhrwachstum nach China stark ab und Chinas Exportanteil sank erneut. Der chinesische Markt soll offenbar immer mehr durch Produktion vor Ort statt durch Exporte bedient werden.

Die deutsche Wirtschaft ist sehr viel abhängiger von China als umgekehrt und bereits bis 2021 nahm die Abhängigkeit fast stetig zu ([Matthes, 2022](#)). Angesichts von Chinas Verhalten beim Russland-Ukraine-Krieg und der massiven Drohungen Pekings gegenüber Taiwan wird das zu einem politischen Problem. Denn sollte es nach einem möglichen Einmarsch Chinas in Taiwan zu umfangreichen Sanktionen des Westens gegenüber China kommen, drohen aufgrund der hohen Importabhängigkeit nicht nur massive Engpässe bei vielen Zulieferungen aus China. Bei in China besonders exponierten deutschen Unternehmen könnte das dann absehbar kollabierende China-Geschäfts durch Einbußen auf der Absatzseite möglicherweise sogar in die Pleite führen.

Die Politik befürchtet, dass sie bei kriselnden Großunternehmen dann als Retter gerufen wird, um gefährdete Arbeitsplätze zu erhalten. Angesichts der massiv gestiegenen politischen Risiken ist es jedoch die höchst dringliche Aufgabe der exponierten deutschen Firmen, das China-Geschäft so aufzustellen, dass auch dessen Kollaps nicht das gesamte Unternehmen in Existenznot bringt. Die kritische Prüfung der Risikoexposures gegenüber China und die Vorbereitung selbst auf Extremszenarien fordert auch der BDI-Präsident.

Doch trotz dieser Gefahren und Probleme haben sich die wirtschaftlichen Verflechtungen mit China im ersten Halbjahr 2022 mit einem enormen Tempo in die falsche Richtung entwickelt.

Rekord-Direktinvestitionen nach China

Nach Daten der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank hat die deutsche Wirtschaft allein im ersten Halbjahr 2022 rund 10 Milliarden Euro investiert (Tabelle). Das ist mit Abstand ein Rekord bei den Direktinvestitionsströmen nach China. Seit der Jahrtausendwende lag der bisherige Höchstwert in einem ersten Halbjahr bei lediglich 6,2 Milliarden Euro. Der Halbjahreswert in diesem Jahr übertrifft sogar alle gesamten Jahreswerte seit dem Jahr 2000.

China-Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft: Mit Volldampf in die falsche Richtung

Anteil Chinas am deutschen Außenhandel mit Waren in Prozent

	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022 1. Hj.
Einfuhren	3,4	6,5	9,7	8,8	8,7	8,4	8,8	9,7	9,9	9,9	9,7	10,0	11,4	11,8	12,4
Ausfuhren	1,6	2,7	5,7	6,1	6,1	6,1	6,6	6,0	6,3	6,7	7,1	7,2	7,9	7,5	7,4

Angaben in Milliarden Euro

	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022 1. Hj.
Handelsbilanzsaldo im deutsch-chinesischen Warenhandel	-9,1	-19,6	-23,5	-14,7	-11,8	-7,6	-5,5	-20,6	-18,1	-15,7	-13,1	-14,1	-21,5	-38,2	-40,8
Deutsche Direktinvestitions- zuflüsse nach China	1,0	2,4	5,1	8,6	6,3	8,1	8,4	7,2	7,4	6,3	3,9	3,3	0,1	5,7	10,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft

Ungeachtet der immens gestiegenen geopolitischen Risiken setzen die deutschen Firmen ihre Expansionspläne bei ihrem investiven Engagement in China offensichtlich dynamisch weiter um. Die Antwort vieler Firmen auf die geopolitischen Risiken, den US-China-Handelskrieg und Abkoppelungstendenzen scheint eher mehr China zu sein und nicht weniger. Eine zunehmende Lokalisierung von immer mehr Geschäftsaktivitäten in China ist offenbar die Devise. Der chinesische Absatzmarkt und die dort kurzfristig winkenden Gewinne erscheinen schlichtweg zu attraktiv zu sein.

Deutsche Einfuhren steigen stark, ...

Auch beim Warenhandel geht die Entwicklung in eine problematische Richtung. So nahmen die deutschen Warenimporte aus China im ersten Halbjahr 2022 wertmäßig extrem stark zu. Sie stiegen um nahezu die Hälfte (45,7 Prozent) gegenüber dem ersten Halbjahr 2021.

Zwar wuchsen die deutschen Einfuhren aus allen Ländern im Jahresvergleich mit wertmäßig 26,5 Prozent auch relativ stark, wohl vor allem bedingt durch starke Importpreissteigerungen und mögliche Basiseffekte aufgrund der Corona-Krise. Doch der weit überproportionale Anstieg der gesamten Importe aus China lässt den chinesischen Anteil an den Importen aus aller Welt auf 12,4 Prozent noch weiter steigen (Tabelle).

Der Zuwachs bei den Importwerten aus China im ersten Halbjahr 2022 geht auch auf deutliche Preissteigerungen zurück und nicht nur auf einen merklichen Mengenanstieg bei den meisten Warengruppen (außer unter anderem bei pharmazeutischen Produkten, Textilien und Möbeln). Immense Preisanstiege gab es vor allem bei Chemischen Erzeugnissen: Während die aus China importierte Menge im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 um rund 30 Prozent zulegte, stieg der Importwert bei Chemieprodukten um fast 500 Prozent von 3,1 Milliarden Euro auf 18,5 Milliarden Euro. Damit trug nur diese Warengruppe rund die Hälfte zum gesamten Anstieg des Importwertes gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum bei. Ob dahinter auch Re-Importe stehen oder ein Ersatz von stark verteuerter deutscher Chemie-Produktion, lässt sich mit den vorhandenen Daten nicht prüfen.

China baut seinen Rang als wichtigster deutscher Importlieferant bei der gesamten Einfuhr mit der Entwicklung im ersten Halbjahr 2022 also noch weiter aus. Der Abstand zu den Niederlanden als zweitwichtigstem Lieferland (8,4 Prozent) wird noch größer und steigt im Vergleich zu 2021 von drei auf vier Prozentpunkte.

Auf der Einfuhrseite ist damit von einem allmählichen Rückbau der ohnehin schon sehr hohen

Importabhängigkeit von China, wie sie sich in einzelnen Unternehmensumfragen vermeintlich andeutet, in den aktuellen Handelsdaten keine Spur.

... aber Ausfuhren kaum noch

Auf der Exportseite, an der in Deutschland immerhin eine gute Million Arbeitsplätze hängen, sieht es dagegen relativ mau aus (Tabelle). Während die gesamten deutschen Ausfuhren in alle Länder im ersten Halbjahr 2022 um immerhin 13,3 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum wertmäßig zunahm, stiegen die deutschen Ausfuhren nach China nur um knapp 3 Prozent. Damit verringert sich der Anteil Chinas an den gesamten deutschen Ausfuhren erneut auf 7,4 Prozent. Auch 2021 war es schon zu einem Anteilsrückgang gegenüber dem Höchstwert 2020 von 7,9 Prozent gekommen, der von den Auswirkungen der Corona-Krise geprägt war.

Dahinter steht zwar eine gewisse Normalisierung. Doch steht zu befürchten, dass sich ein struktureller Trend herausbildet, indem die deutsche Wirtschaft den chinesischen Markt zunehmend durch Produktion und immer weniger durch Exporte bedient. In diesem Fall würde der Standort Deutschland wohl weniger stark vom China-Engagement der deutschen Firmen profitieren.

Handelsbilanz mit Rekordminus

Die unterschiedliche Entwicklung von Einfuhren und Ausfuhren hat auch erhebliche Auswirkungen auf den Warenhandelsbilanzsaldo zwischen Deutschland und China. Das ohnehin schon sehr hohe deutsche Handelsbilanzdefizit stieg noch weiter, weil die Importe viel stärker zulegten als die Exporte. Allein im ersten Halbjahr erreichte es fast 41 Milliarden Euro (Tabelle). Das ist mit Abstand ein Allzeithoch und sogar mehr als sämtliche bisherige Werte für die Gesamtjahre. Das Ungleichgewicht im Handel mit China nimmt also immer mehr zu.

Politisches Gegensteuern dringend nötig

Es deutet vieles darauf hin, dass das Gewinnstreben der deutschen Firmen ohne einen staatlichen Eingriff weiterhin zu mehr und nicht zu weniger China bei Direktinvestitionen und Importen führt. Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von China als Absatzmarkt und

Lieferant steigt damit immer weiter. Das Gegenteil ist jedoch wegen der zunehmenden geopolitischen Spannungen nötig. Angesichts der Daten für das erste Halbjahr 2022 bedarf es dringend einer wirtschaftspolitischen Umsteuerung. Die Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen mit Wirtschaftsbeziehungen zu China müssen verändert werden. Es geht zwar nicht um eine vollständige Entkoppelung von China, aber um eine Reduzierung der überproportionalen relativen Bedeutung Chinas.

Dazu gehört vor allem mehr Diversifizierung und der Aufbau von Handels- und Investitionsbeziehungen mit anderen Schwellenländern, vor allem in Asien. Eine flexiblere EU-Strategie bei Freihandelsabkommen ist dazu unverzichtbar ([Matthes, 2022](#)).

Zudem sollte die deutsche Politik bestehende positive Anreize für ein Engagement in China zeitnah abbauen. Dazu gehört vor allem die staatliche Absicherung von politischen Risiken durch Investitions Garantien. Das ausverhandelte bilaterale Investitionsabkommen zwischen der EU und China sollte nicht ratifiziert werden, auch nicht bei einer (unwahrscheinlichen) Entspannung der diplomatischen Konflikte mit China.

Darüber hinaus sollte die Politik Unternehmen mit starken Risikoexposures in China dazu bringen, ein adäquates Risikomanagement zu betreiben. Es geht ähnlich wie im Bankensystem darum, systemische Risiken für die deutsche Volkswirtschaft zu verhindern und im Verlustfall ein Bailout durch den Steuerzahler auszuschließen. Unternehmen sollten daher in der Bilanzberichterstattung verpflichtet werden, über geopolitische Klumpenrisiken und über mögliche betriebliche Verluste bei der Realisierung dieser Risiken zu berichten. Zudem sollten sie Notfallpläne für diesen Fall erstellen und vorhalten.

Damit würden die Risiken transparent und könnten von Rating-Agenturen und vom Finanzmarkt in die Unternehmensbewertung einbezogen und bei Finanzierungsbedingungen eingepreist werden. Auf diese Weise lässt sich der Anreizrahmen marktwirtschaftlich basierend ändern. Sollten bei einzelnen Unternehmen besonders hohe Risiken zutage treten, ist zu erwägen, wie bei den Banken höhere Risikopuffer durch Kapitalrücklagen verpflichtend zu machen.